

Jenseits von Abwiegelung und Pauschalisierung

Was es herauszufinden gilt – ein differenzierter Blick auf die Rassismus-Problematik in der Polizei | Von Tobias Singelstein

Rechtsextremismus und Rassismus sind in Deutschland ein Problem. Da macht die Polizei keine Ausnahme. Allerdings haben diese Probleme bei der Polizei sehr viel gravierendere Folgen als in anderen Bereichen der Gesellschaft: Die Polizei ist zu weitreichenden Grundrechtseingriffen befugt, und ihr Handeln hat Signalkraft für die Gesellschaft. Wirken sich dabei ein *racial bias* oder gar bewusst rechtsextreme Einstellungen aus, ist dies nicht nur für den konkreten Einzelfall, sondern auch in der darüber hinausgehenden Wirkung fatal – für die Betroffenen, für den Rechtsstaat und für das Vertrauen in die Polizei.

Angesichts dessen könnte man meinen, dass der wissenschaftliche Forschungsstand zum Thema einigermaßen ergebnisreich sei. Leider ist das Gegenteil der Fall. Zwar gibt es eine Handvoll Studien zu politischen Einstellungen, zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der Polizei. Diese sind aber zum Großteil in den 1990er-Jahren entstanden und betreffen jeweils nur einzelne Städte oder gar Dienststellen. Hier-

aus lassen sich also nur Anhaltspunkte und Einschätzungen für die heutige Situation ableiten, keine gesicherten Erkenntnisse.

Grob zusammengefasst kommen diese Studien zu dem Ergebnis, dass es eine problematische Gruppe von fünf bis 15, vielleicht auch 20 Prozent an Beamtinnen und Beamten gab, die fremdenfeindliche, rassistische oder sogar rechtsextreme Einstellungen haben. Aber wie sieht es heute aus?

Zwar hat sich in der Polizei in den vergangenen 20 Jahren einiges zum Positiven verändert: mehr Aus- und Fortbildung in transkultureller Kompetenz, mehr Diversität bei der Personalauswahl – wenn auch mit großen Unterschieden zwischen den Bundesländern –, gestiegenes Bildungsniveau bei Einsteigern und anderes mehr.

Nicht zuletzt sind in der öffentlichen Debatte der vergangenen Monate viele verschiedene Dinge in einen Topf geworfen worden, die es eigentlich zu differenzieren gilt: Schon Rassismus und Rechtsextremismus sowie Einstellungen und Handlungen sind sehr verschiedene Dinge; vor allem im Feld des Rassismus kann weiterhin zwil-

schen bewussten Einstellungen, eher unbewussten Stereotypen und institutionellen Formen differenziert werden. Zusammenfassend betrachtet bräuchte es also sehr viel mehr als die zuletzt viel diskutierte Studie zum „racial profiling“.

Diese Diagnose eines erheblichen Forschungsbedarfs bedeutet nicht, dass nicht schon heute konkrete Maßnahmen im Umgang mit dem Problem möglich wären. Neben einer konsequenten Ahndung auf-

gedeckter Fälle in Straf- und Disziplinarverfahren ist in den Bereichen Aus- und Fortbildung bei dem Thema noch deutlich Luft nach oben.

Ebenso liegt auf der Hand, dass die starke Binnenkultur in der Organisation Polizei ein Teil des Problems ist: Zwar möchte die große Mehrheit der Beamten keine Rechtsextremisten als Kollegen und versteht sich selbst als nicht-rassistisch. Die Innenpolitik wie auch die Dienststellen selbst aber erkennen zunehmend an, dass nicht mehr nur von Einzelfällen gesprochen werden kann, sondern es sich um strukturelle Probleme der Organisation Polizei handelt. Dies bedeutet nicht, dass die Polizei in Gänze oder alle Polizisten rassistisch wären. Aber es ist eben auch kein Zufall, dass Rechtsextremismus und Rassismus in der Polizei zu finden sind, sondern es hängt mit den Strukturen dieser Organisation zusammen – mit ihrer Personalauswahl, mit Aufgaben und Tätigkeit der Polizei, mit ihrem Selbstverständnis und ihrer Kultur, mit fehlenden Räumen für Reflexion und Coaching, mit den Formen des Umgangs mit Fehlern.

Wenn man an den grundlegenden Entstehungszusammenhängen von Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei etwas ändern möchte, muss man zunächst genauer untersuchen, welche Strukturen in welcher Weise zu den Missständen beitragen. Wer in der Organisation ist anfällig für rassistische beziehungsweise rechtsextreme Einstellungen oder Praktiken? Welches Wissen und welche Vorstellungen haben Polizisten zu diesen Themen? Welche Rolle spielen dienstliche Erfahrungen und der Umgang damit innerhalb der Organisation? Welche Rolle spielen kriminalpolitische Diskurse und Vorgaben aus der Innenpolitik? Unter welchen Bedingungen entwickeln und verfestigen sich solche Probleme – oder eben auch nicht? Wie und unter welchen Bedingungen entstehen einschlägige Netzwerke in der Polizei und warum bleiben sie unerkannt? Wo begünstigen gesetzliche Regelungen oder polizeiliche Verfahrensweisen eine diskriminierende Praxis? Diese und weitere Fragen gilt es zu beantworten.



PROF. DR. TOBIAS SINGELSTEIN

lehrt Kriminologie an der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. Seit 2018 leitet er dort zudem den weiterbildenden Masterstudiengang „Kriminologie, Kriminalistik und Polizeiwissenschaft“. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Kriminologie sowie im Strafrecht und Strafprozessrecht.

Was davor geschah

Die Krise der Deutschen Bank geht weiter zurück als die jüngsten Schlagzeilen und Skandale. Ein aktueller Rückblick aus gegebenem Anlass | Von Werner Plumpe

In der Coronakrise ging ein Jubiläum unter, das noch vor Jahren mehr als nur ein simpler Geburtstag, sondern ein überaus symbolisches Datum in der Geschichte der Deutschen Bank gewesen wäre. Im März 1870 erhielten die Gründer der Deutschen Bank die Erlaubnis, in Berlin eine Aktienbank vornehmlich für das Auslandsgeschäft der deutschen Wirtschaft zu errichten – Mitte März 2020 beging die Bank also ihren 150. Geburtstag.

Der Festakt fiel ebenso ins Wasser, wie das Datum selbst kaum wahrgenommen wurde. In gewisser Hinsicht passt das zur Stimmung in der Bankenwelt, der momentan kaum zum Feiern zum Mute ist. Noch waren die Folgen der großen Weltfinanzkrise nicht überwunden, da brachten die Folgen der Corona-Pandemie schon die nächste große Herausforderung, und das in einem Umfeld, in dem niedrige Zinsen sowie der Strukturwandel der Finanzindustrie die Banken ohnehin stark unter Druck setzen. All das hat, nicht ohne eigenes Zutun, die deutschen Großbanken, sofern sie überhaupt noch bestehen, in eine schwere Krise gestürzt.

Diese Krise hat zweifellos auch mit strategischen Fehlern zu tun, die im Umfeld der Globalisierung der Finanzmärkte und damit eng verbunden der Auflösung der Deutschland AG gemacht wurden. Doch zeigt schon ein kurzer Blick, dass die derzeitige Krise ohne die Pfadabhängigkeiten und ohne die Weichenstellungen, die 150 Jahre Bankgeschichte prägten, kaum verständlich ist oder allzu leicht auf Managementfehler zurückgeführt wird, die überhaupt erst im historischen Kontext transparent werden.

Gegründet für die Finanzierung des deutschen Außenhandels entfaltete die Deutsche Bank vor 1914 eine fast atemberaubende Dynamik. Von einer kleinen Berliner Bank wurde sie innerhalb von 40 Jahren zu einer der größten und bedeutendsten Banken der Welt, mit deren Namen sich nicht nur der Aufstieg der deutschen Industrie zur Weltgeltung verband; auch im internationalen Kapitalmarktgeschäft war

das Haus mit dem repräsentativen Sitz in der Berliner Behrenstraße eine wichtige Adresse, von der Konkurrenz gefürchtet, von den Kreditnehmern herbeigesehnt.

Dabei verstand es die Deutsche Bank besser als die Konkurrenz, die sich herausbildenden Universalbankstrukturen für ein in der Tat umfassendes Finanzierungsgeschäft zu nutzen. Sie hatte nicht nur den größten Kundenstamm und das höchste Depositenaufkommen. Bald spielte sie auch in der Staatsfinanzierung eine große Rolle. Vor allem aber war sie die Hausbank vieler der glänzenden Namen der deutschen Industriegeschichte. Auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten war sie, die als erstes deutsches Institut schon 1873 eine Londoner Filiale besaß, früh vertreten.

Der Erste Weltkrieg beendete diese Entwicklung abrupt. Die Deutsche Bank verlor faktisch ihr internationales Geschäft. Im Nationalsozialismus wurden die Banken zu nebenher wenig geliebten Finanzierungsinstrumenten des Regimes, dem sie sich mangels Alternativen gleichwohl als Kooperationspartner anboten, seine Wünsche gelegentlich vorwegnehmend, jedenfalls durchweg widerstandslos erfüllend. Die Deutsche Bank, die die Bankenkrise 1931 vergleichsweise gut überstanden, geriet zwar nicht in die fatale Abhängigkeit von der Politik wie die Dresdner Bank, die 1933 faktisch in Staatsbesitz war und sich durch eine aggressive Geschäftspolitik hiervon zu lösen suchte. Doch auch die Deutsche Bank war an Arisierungsbeteiligungen und nahm an der wirtschaftlichen Durchdringung der besetzten Länder teil.

Die großen wirtschaftlichen Erfolge nach dem Krieg und dem erneuten Verlust des Auslandsvermögens fanden daher folgerichtig im Inland statt, namentlich im Bereich der Industrie- und Außenhandelsfinanzierung, wobei wegen der eigentümlichen Finanzierungsstrukturen eine immer engere Verflechtung von Banken, Versicherungen und Unternehmen entstand, die sogenannte Deutschland AG, die von ausländischen Einflüssen weitgehend abgeschottet war.



Prozente abziehen: Die Deutsche Bank, vor 150 Jahren in Berlin gegründet

Bis in die 1970er-Jahre war das ein gutes Geschäft, und die Deutsche Bank wurde wieder zumindest zum nationalen Primus. Doch mit dem Auslaufen des Nachkriegsbooms wurden die Margen im herkömmlichen Geschäft geringer. Die internationale Konkurrenz nahm mit dem Ende von Bretton Woods und der zunehmenden wirtschaftlichen Globalisierung

gleichzeitig zu: Plötzlich traten US-Banken im Inland als Konkurrenten auf – und diese beherrschten das an Bedeutung zunehmende Investmentbanking sehr viel souveräner als die deutschen Banken, die hiervon lange abgeschnitten waren und dieses Geschäft später eher nachlässig betrieben hatten.

Das rächte sich bald, vor allem aufgrund der Tatsache, dass die großen Banken kaum über Humankapitalreserven verfügten, um dort erfolgversprechend aktiv werden zu können. Was lag da näher, als die gewaltigen Vermögensbestände, die den Kern der Deutschland AG ausmachten, zu nutzen, um durch internationale Zukäufe zu einem ernstzunehmenden Akteur im Investmentbanking zu werden?

Die Weichen hierfür wurden schon in den 1980er-Jahren unter Alfred Herrhausen gestellt. Der Zukauf des Londoner Bankhauses Morgan Grenfell war der erste Schritt, der freilich die Schwierigkeiten dieser Strategie schlagartig verdeutlichte. Denn man konnte unter Umständen internationale Kompetenz zukaufen, aber



PROF. DR. WERNER PLUMPE

lehrt Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt a. M. 2014 erhielt er den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik. 2019 veröffentlichte er seine große Studie „Das kalte Herz. Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution“ (Rowohlt Berlin). In diesem Jahr erschien „Deutsche Bank. Die globale Hausbank 1870 – 2020“ (mit Alexander Nützenadel und Catherine R. Schenk) bei Propyläen.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Sein Beitrag

Vor dreißig Jahren war Wolfgang Schäuble maßgeblich mit dabei, die Vereinigung Deutschlands zu gestalten und zu organisieren. Der zwischen der (westdeutschen) Bundesrepublik und der DDR ausgehandelte „Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ trug seine Unter- und Handschrift. Dass der Bundestag mit knapper Mehrheit Berlin als Sitz von Parlament und Regierung bestimmte, ist auf ihn zurückzuführen – auf sein taktisches Wirken als Innenminister und auf seine Rede im Bonner Wasserwerk. Welch ein Leben in der Politik, für die Politik! Bonn und Berlin, Deutschland und Europa. Höhen, Tiefen, Wieder-aufstieg. Waren es zwei Leben oder drei oder vier?

Als Schäuble 1972 erstmals in den Bundestag gewählt wurde, waren mehr als zwei Drittel der jetzigen Abgeordneten im Vorschulalter oder noch nicht geboren. Und was für eine CDU-Familie! Der Vater gehörte nach dem Krieg dem Badischen Landtag an, als es Baden-Württemberg noch nicht gab. Sein jüngerer Bruder war früher Landesinnenminister in Stuttgart, so wie heute der Schwiegersohn. Die älteste Tochter wird demnächst ARD-Programmdirektorin. Seine Frau, der er einst versprochen hatte, Politik werde nur vorübergehend zu seinem Beruf werden, war Vorsitzende der Deutschen Welt hungerhilfe. Schäubles berufliche Stationen haben es in sich. Anfangs Mitglied eines Untersuchungsausschusses, der die Umstände des Scheiterns des Misstrauensvotums gegen Willy Brandt aufzuklären hatte. Rechte Hand und machtbewusster Helfer Helmut Kohls – als Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Kanzleramtsminister, Innenminister und Fraktionschef. „Napoleon“ wurde er genannt. Opfer eines Attentats im Oktober vor 30 Jahren, wenige Tage nach der Einheit. Rollstuhl seither. Dass die Grünen zum Amt eines Bundestagsvizepräsidenten kamen, hat Schäuble bewerkstelligt. Später CDU-Vorsitzender, der sich von Kohl wegen dessen Spendenaffäre lossagte und über seine eigene Spendenaffäre stolperte. Angela Merkel überholte ihn. Schäuble aber blieb. Nochmals Innenminister, Finanzminister, Präsident des Deutschen Bundestages. Seine heimische CDU hat ihn jetzt wieder als Wahlkreispräsidenten aufgestellt. 2022 stehen zwei Jubiläen an. Rund um seinen 80. Geburtstag wird Schäuble 50 Jahre lang ununterbrochen dem Bundestag angehören – so lange wie niemand sonst. „In diesen Zeiten des Umbruchs“, sagt er, wolle er „einen stabilisierenden Beitrag leisten“.

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter